

Inhaltsübersicht

Einleitung	23
§ 1 Einführung	23
§ 2 Grundlagen	24
I. Die Herausbildung der relativen Gesellschafterstellung	24
II. Konsequenzen für die Beziehung der Abtretungsbeteiligten zu der Gesellschaft	28
III. Das Rückabwicklungsproblem	35
IV. Die Problembehandlung	40

Kapitel 1

Voraussetzungen der analogen Anwendung des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses 44

§ 3 Die vergleichbare Interessenlage	44
I. Systematische Zielsetzungen des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	44
II. Fallgruppen der analogen Anwendung des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	46
III. Zusammenfassung	72
§ 4 Die planwidrige Unvollständigkeit	73

Kapitel 2

Die Vergleichbarkeit des GmbH-Geschäftsanteils mit der Sache als Gegenstand der Vindikation 75

§ 5 Der Gegenstandsbegriff	76
I. Der formale Gegenstandsbegriff	76
II. Der materiale Gegenstandsbegriff	84
§ 6 Die Gegenständlichkeit der Mitgliedschaft	92
I. Die klassischen Deutungen der Rechtsnatur der Mitgliedschaft	92
II. Die Mitgliedschaft als Rechtsgegenstand im Sinne des Zuordnungsrechts	116
III. Zusammenfassung zur Gegenständlichkeit des Geschäftsanteils	153
§ 7 Der Geschäftsanteil im Verhältnis zum Sachbegriff	155
I. Permanenz	155
II. Trägerloser Fortbestand	157
III. Rivalität und Reproduzierbarkeit	158
IV. Herausgabefunktionalität als Element des Sachbegriffs des § 985 BGB	160
V. Zusammenfassung zur Sachnähe	161

Kapitel 3

Der Herausgabeanspruch des materiell Berechtigten		163
§ 8 Die Vindikationsähnlichkeit in der Rechtsprechung zum Kriegsfolgenrecht	163
§ 9 Herausgabe einer prekären tatsächlichen Position	166
I. Tatsächliche Natur der Eintragung	166
II. Abhängigkeit der Listenkorrektur von dem Eingetragenen	175
III. Der Anspruchsgrund des Korrekturanspruchs des materiell Berechtigten	199
§ 10 Dinglichkeit der Herausgabebeziehung	207
I. Anerkennung der dinglichen Grundlage des Herausgabeanspruchs	207
II. Herleitung der Dinglichkeit aus der Komplexität der Mitgliedschaft	208
III. Anwendung der sachenrechtlichen Grundsätze	209
IV. Zusammenfassung zur Vindikationsähnlichkeit der Listenkorrektur	210

Kapitel 4

Der Listengesellschafter als Besitzer des GmbH-Geschäftsanteils		212
§ 11 Der Sachbesitz als Referenzbegriff der Besitzlehre	212
I. Der Besitzbegriff	212
II. Die Besitzfunktionen	222
III. Pflichten des Besitzers	230
§ 12 Die Möglichkeit der Herrschaft über unkörperliche Gegenstände	230
I. Ausdehnung der Besitzgegenstände vor Inkrafttreten des BGB	232
II. Anerkennung unkörperlicher Besitzmomente im geltenden Recht	237
III. Die Dualität zwischen Recht und Tatsache bei Rechtsprodukten	284
§ 13 Der Tatbestand des Besitzes an unkörperlichen Gegenständen	291
I. Grundsätzliche tatbestandliche Elemente des Besitzes an Rechtsprodukten	292
II. Das Einwirkungsmoment des unkörperlichen Besitzers	295
III. Die Versteigerung der Besitzstellung beim unkörperlichen Besitz	303
IV. Ergebnis	305
§ 14 Einordnung des Anteilsbesitzes an GmbH-Geschäftsanteilen	306
I. Die tatbestandliche Äquivalenz der Stellung des Listengesellschafters	306
II. Die funktionale Äquivalenz der Stellung des Listengesellschafters	319
III. Die Pflichtbindung des Eingetragenen	329
IV. Ergebnis	330

Kapitel 5

Die analoge Anwendung des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses auf die fehlgeschlagene Abtretung des GmbH-Geschäftsanteils		332
§ 15 Zusammenfassende Bewertung der Vergleichbarkeit der Interessenlage	332
I. Systematische Vergleichbarkeit der Falscheintragung mit der Vindikationslage	332
II. Teleologische Vergleichbarkeit der Falscheintragung mit der Vindikationslage	333

§ 16 Folgen der Anwendbarkeit der §§ 987 ff. BGB für die Rückabwicklung 338

§ 17 Zusammenfassende Betrachtung 339

 I. Zusammenfassung der Ergebnisse als Thesen 339

 II. Abschluss und Ausblick 340

Literaturverzeichnis 343

Personenverzeichnis 377

Stichwortverzeichnis 379

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
§ 1 Einführung	23
§ 2 Grundlagen	24
I. Die Herausbildung der relativen Gesellschafterstellung	24
II. Konsequenzen für die Beziehung der Abtretungsbeteiligten zu der Gesellschaft	28
1. Die Rechte- und Pflichtenstellung des Eingetragenen	28
2. Die Wirksamkeit der gesellschaftsinternen Vorgänge	32
3. Der Verlust an Anteilssubstanz beim materiell Berechtigten	34
III. Das Rückabwicklungsproblem	35
1. Ansprüche des materiell Berechtigten	36
2. Ansprüche des Scheinerwerbers gegen den materiell Berechtigten	38
IV. Die Problembehandlung	40
1. Primat des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses in seinem Anwendungsbereich	40
2. Fehlende Sachqualität des Geschäftsanteils	41
3. Gang der Untersuchung	43

Kapitel 1

Voraussetzungen der analogen Anwendung des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses 44

§ 3 Die vergleichbare Interessenlage	44
I. Systematische Zielsetzungen des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	44
II. Fallgruppen der analogen Anwendung des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	46
1. Grundbuchberichtigungsanspruchsberechtigter und unrichtig Eingetragener	47
2. Vormerkungsberechtigter und rechtswidriger Erwerber	51
3. Gläubiger und unberechtigt eine verbrieft fremde Forderung Einziehender	53
4. Immaterialgut bzw. -güterberechtigter und widerrechtlicher Nutzer	54
a) Die Debatte zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts	54
b) Die Aufarbeitung durch Lenzen	57
5. Markeninhaber und zu Unrecht in das Markenregister Eingetragener	57
6. Die Patentvindikation nach § 8 PatG	60
a) Die Vindikationsähnlichkeit nach Literatur und Rechtsprechung	60

b) Die eigene Dinglichkeit der Patentinhaberschaft	61
c) Zusammenfassung	64
7. Jagd- oder sonst Aneignungsberechtigter und Besitzer	66
8. Eigentümer und aus § 1004 BGB Verpflichteter	67
III. Zusammenfassung	72
§ 4 Die planwidrige Unvollständigkeit	73

Kapitel 2

Die Vergleichbarkeit des GmbH-Geschäftsanteils mit der Sache als Gegenstand der Vindikation 75

§ 5 Der Gegenstandsbegriff	76
I. Der formale Gegenstandsbegriff	76
1. Formale Begriffsbestimmung durch <i>Zitelmann</i>	76
2. Der Streit zwischen <i>Sohm</i> und <i>Binder</i>	77
3. Die Systematisierung nach <i>Larenz</i>	77
4. Weiterentwicklung des <i>Larenz'schen</i> Gegenstandsbegriffs durch <i>Wendehorst</i>	80
II. Der materiale Gegenstandsbegriff	84
1. Individualisierbarkeit und Abgrenzbarkeit	85
2. Vermögenswert	85
3. Natürlichkeit	86
4. Sinnliche Erfahrbarkeit	86
5. Genießbarkeit	89
6. Beherrschbarkeit	90
§ 6 Die Gegenständlichkeit der Mitgliedschaft	92
I. Die klassischen Deutungen der Rechtsnatur der Mitgliedschaft	92
1. Qualifikation der Mitgliedschaft als subjektives Recht	93
2. Die Mitgliedschaft als (Verfügungs-)Gegenstand	95
3. Die Mitgliedschaft als Rechtsgegenstand erster Ordnung im Besonderen ...	96
a) Hüffer und der Rechtsgegenstand qua normativer Herrschaft	97
b) Altgen und die Mitgliedschaftsinhaberschaft	98
c) Weitere Ansätze zur Vergegenständlichung	99
4. Zusammenfassende Stellungnahme	99
a) Ausschluss der subjektiven Herrschaftsrechtsqualität der Mitgliedschaft	99
aa) Mangelnde Beherrschbarkeit des Verbandes	100
bb) Pflichtenlastigkeit der Mitgliedschaft	102
b) Die Einordnung der Mitgliedschaft als Rechtsgegenstand erster Ordnung	106
aa) Fehlende Subjektivität der Mitgliedschaft	106

- bb) Erfordernis eines intermediären Konstrukts zwischen Verein und Inhaberschaft 107
- cc) Personenrechtliche Qualität 110
- dd) Behandlung der Pflichtenbelastung 113
- ee) Die Debatte um den trägerlosen Geschäftsanteil 114
- ff) Zusammenfassung 115
- II. Die Mitgliedschaft als Rechtsgegenstand im Sinne des Zuordnungsrechts 116
 - 1. Das Herrschaftsrecht an der Mitgliedschaft 116
 - a) Besonderheiten der Herrschaftsrechte an Rechtsprodukten 116
 - aa) Die positive Berechtigung als normativer Raum 117
 - bb) Die Komplexität der Mitgliedschaft als konstruktives Element 118
 - cc) Der potenziell Herrschaftsberechtigte an der Mitgliedschaft 122
 - b) Die positive Berechtigung des Herrschaftsberechtigten (Nutzungsrecht) 122
 - aa) Recht, den Gegenstand zu nutzen (*usus*) 123
 - bb) Recht, aus dem Gegenstand Erträge zu ziehen (*usus fructus*) 126
 - (1) Gewinnanspruch nach § 29 Abs. 1 GmbHG 126
 - (2) Anspruch auf Auskehrung des Liquidationserlöses nach § 72 GmbHG 128
 - (3) Das gesetzliche oder statutarische Bezugsrecht 130
 - cc) Recht, den Gegenstand zu verändern oder zu zerstören (*abusus*) 132
 - dd) Recht, die Zuordnung durch Verfügung zu ändern (*ius abutendi*) 135
 - ee) Recht, die Zuordnung aufzugeben 135
 - ff) Recht, den Gegenstand mit anderen Rechten zu belasten 136
 - c) Negative Berechtigung (Ausschlussrecht) 138
 - aa) Die Ausschließlichkeit des Eigentums 138
 - bb) Grundsätze des Ausschließlichkeitsschutzes der Mitgliedschaft 139
 - cc) Wiedererlangung der Eintragung 140
 - dd) Schutz der Substanz der Mitgliedschaft und ihrer Nutzung 141
 - (1) Streitstand zur Einordnung der Mitgliedschaft 141
 - (2) Die Übertragung des deliktischen Schutzes auf das Herrschaftsrecht an der Mitgliedschaft 143
 - (3) Absolutheit des Rechtsschutzes trotz Relativität der Gesellschaftsterstellung 144
 - (a) Die Differenzierung zwischen Absolutheit zuordnungs- und gesellschaftsrechtlicher Berechtigung 144
 - (b) Die Absolutheit des Deliktsschutzes des Geschäftsanteils 145
 - 2. Realität der Mitgliedschaft 146
 - 3. Individualisierbarkeit der Mitgliedschaft 148
 - a) Unterscheidbare Existenz des Geschäftsanteils 148
 - b) Individualisierung und Abgrenzbarkeit durch Registereintragung 149
 - c) Die gesteigerte Abgrenzbarkeit gegenüber der unverbrieften Aktie 151

4. Frühe Tendenzen der Rechtsprechung zum Herrschaftsrecht am Anteil	153
III. Zusammenfassung zur Gegenständlichkeit des Geschäftsanteils	153
§ 7 Der Geschäftsanteil im Verhältnis zum Sachbegriff	155
I. Permanenz	155
II. Trägerloser Fortbestand	157
III. Rivalität und Reproduzierbarkeit	158
IV. Herausgabefunktionalität als Element des Sachbegriffs des § 985 BGB	160
V. Zusammenfassung zur Sachnähe	161

Kapitel 3

Der Herausgabeanspruch des materiell Berechtigten 163

§ 8 Die Vindikationsähnlichkeit in der Rechtsprechung zum Kriegsfolgenrecht	163
§ 9 Herausgabe einer prekären tatsächlichen Position	166
I. Tatsächliche Natur der Eintragung	166
1. Die Einordnung der herrschenden Meinung	166
2. Die Aufspaltungslösung nach <i>Wilhelm</i>	167
3. Die Trennungslösung nach <i>Brodmann</i> und <i>Buchholz</i> zum alten Recht	169
4. Zusammenfassende Einordnung	169
a) Terminologie zwischen Vermutung und Fiktion	170
b) Dualität von materieller und formeller Berechtigung	170
c) Ergebnis	175
II. Abhängigkeit der Listenkorrektur von dem Eingetragenen	175
1. Modalitätendifferenz zwischen Einreichung durch Notar und Geschäftsführer	176
2. Formaler Konsens als Eintragungsvoraussetzung	178
a) Das Erfordernis der Zustimmung des Eingetragenen	178
b) Das Ausreichen einer Mitteilung	180
c) Die „Korrektur“ der unrichtigen Gesellschafterliste	181
aa) Die Debatte um das Zustimmungserfordernis bei der Listenkorrektur	181
bb) Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 17. Dezember 2013	183
cc) Die Rezeption in der neueren Rechtsprechung und Literatur	184
3. Bewertung der Zustimmungsbedürftigkeit im Eintragungsverfahren	184
a) Das Konsensprinzip bei der Listenänderung	184
aa) Die Bedeutung der Listeneintragung	185
bb) Die Systematik des Widerspruchsverfahrens	186
cc) Verwandte Regelungen für andere Register	188
(1) Das Grundbuch	189
(2) Das Aktienregister	192

(3) Das Patentregister	194
dd) Zusammenfassung	196
b) Das Konsensprinzip bei der Listenkorrektur	196
4. Ergebnis	199
III. Der Anspruchsgrund des Korrekturanpruchs des materiell Berechtigten	199
1. Korrekturanpruch gegen die Gesellschaft	199
2. Der Korrekturanpruch gegen den Eingetragenen	201
a) Anspruch auf Listenkorrektur im Wege sachenrechtlicher Analogien	202
b) Listenkorrektur durch Kondiktion der Eintragung	204
3. Ergebnis	206
§ 10 Dinglichkeit der Herausgabebeziehung	207
I. Anerkennung der dinglichen Grundlage des Herausgabeanspruchs	207
II. Herleitung der Dinglichkeit aus der Komplexität der Mitgliedschaft	208
III. Anwendung der sachenrechtlichen Grundsätze	209
IV. Zusammenfassung zur Vindikationsähnlichkeit der Listenkorrektur	210

Kapitel 4

Der Listengesellschafter als Besitzer des GmbH-Geschäftsanteils 212

§ 11 Der Sachbesitz als Referenzbegriff der Besitzlehre	212
I. Der Besitzbegriff	212
1. Der unmittelbare Besitz als gesetzlicher Prototyp	213
a) Das Einwirkungselement der Sachherrschaft	213
b) Das Ausschlusselement der Sachherrschaft	214
c) Die Bedeutung der Verkehrsanschauung und sonstiger äußerer Umstände	215
2. Die sogenannte Vergeistigung des Besitzbegriffs	216
3. Gesamtdefinition der Sachherrschaftskomponente des Besitzes	217
a) Elemente eines allgemeinen Besitzbegriffs	217
aa) Die Sonderstellung des Besitzers durch Integration in den Herrschaftsbereich	217
bb) Die Einwirkung als tatsächliche Komponente der Befugnisse des Eigentümers	219
cc) Die Prekarität des Besitzes nur gegenüber dem Eigentum	220
dd) Die Beschränkung des Besitzerkreises	221
b) Zusammenfassende Begriffsbildung	221
II. Die Besitzfunktionen	222
1. Die Schutzfunktion	222
2. Die Kontinuitäts- oder Erhaltungsfunktion	223

3. Die Publizitäts- oder Zeichenfunktion	224
a) Bewegliche Sachen	225
b) Grundstücke	229
III. Pflichten des Besitzers	230
§ 12 Die Möglichkeit der Herrschaft über unkörperliche Gegenstände	230
I. Ausdehnung der Besitzgegenstände vor Inkrafttreten des BGB	232
1. Grundlagen im römischen Recht	232
2. Ausdehnung der Besitzgegenstände bis zu den Partikularrechten	233
3. Die kontroverse Besitzdebatte im 19. Jahrhundert	234
a) Der Sachbezug der romanistischen Schule Savignys	234
b) Sachtranszendente Besitzerweiterungen	235
4. Zwischenergebnis	237
II. Anerkennung unkörperlicher Besitzmomente im geltenden Recht	237
1. Der Rechtsbesitz des BGB	238
a) Der Rechtsbesitz an der Grunddienstbarkeit	238
b) Der Rechtsbesitz an der beschränkten persönlichen Dienstbarkeit	239
c) Zusammenfassung	239
2. Der Rechtsbesitz neben dem BGB	240
a) Fischereirecht	240
b) Jagdrecht	241
3. Sonstige unkörperliche Besitzstände	243
a) Der Besitz an Immaterialgütern	243
b) Der Besitz an Immaterialgüterrechten	244
aa) Der Besitz im Patentrecht	244
(1) Die sogenannte erfinderrechtliche Vindikation	245
(a) Die Patentvindikation als Vindikationslage	245
(b) Besitzstand des Passivlegitimierten im Verhältnis zum Erfinder	245
(2) Die Falscheintragung in der Patentrolle	245
(a) Das Scheinpatent	245
(b) Die Unrichtigkeit der Angabe des Patentinhabers	247
(3) Der Erfindungsbesitz	249
(a) Der Erfindungsbesitz beim Vorbenutzungsrecht	249
(b) Der Erfindungsbesitz als Voraussetzung der widerrechtlichen Entnahme	250
bb) Der Besitz im Urheberrecht	251
cc) Der Besitz im Kennzeichenrecht	252
(1) Der „Ausstattungsbesitz“	252
(2) Unrichtigkeit des Markenregisters	255
(a) Die Eintragung im Markenregister	255
(b) Andeutungen in der Rechtsprechung des Bundespatentgerichts	256

(c) Die <i>BAKTAT</i> -Entscheidung des Oberlandesgerichts Karlsruhe	257
c) Der Besitz an Daten	257
aa) Der Datenbesitz in der Informationstechnologie	257
bb) Die <i>Intime Fotos</i> -Entscheidung des Bundesgerichtshofs	259
d) Der sogenannte Buchbesitz	260
aa) Der Buchbesitz des Immobiliarsachenrechts	260
bb) Der Buchbesitz des Sparbuchinhabers	261
e) Der Besitz an Wertpapieren	262
aa) Die Sachbesitzbindung des Wertpapiers	262
bb) Die Sammelverwahrung von Wertpapieren	263
(1) Eigentums- und Besitzlage an der Globalurkunde bzw. dem Sammelbestand	263
(2) Übertragung des verbrieften Rechts	265
(3) Geltendmachung des verbrieften Rechts	267
(4) Zusammenfassung	268
cc) Das Bundesschuldbuch	269
dd) Die Wertrechtslehre nach <i>Opitz</i> und die „ <i>Walt</i> “ als Rechtsbesitz	270
ee) Die gegenwärtige Entmaterialisierungsdebatte	271
(1) Das Memorandum des Abgeordneten Heilmann	272
(2) Das Eckpunktepapier der Bundesregierung	273
f) Der Besitz an Anteilen in Literatur und Rechtsprechung	274
aa) Die Ablehnung des Anteilsbesitzes in <i>Opitz</i> Wertrechtslehre	274
bb) Der Anteilsbesitz als Kondiktionsgegenstand bei <i>Lass</i>	274
cc) Der Anteilsbesitz im Insolvenzrecht	275
dd) Der Anteilsbesitz bei <i>Omlor</i> und <i>Wied</i>	275
ee) Der Anteilsbesitz in der GmbH-rechtlichen Rechtsprechung	276
(1) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	276
(2) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	277
4. Die Debatte um den Rechtsbesitz im 20. Jahrhundert und in der Gegenwart	277
a) Der Rechtsbesitzbegriff <i>Krückmanns</i>	278
b) Die systematische Kritik bei <i>Heck</i>	279
c) Die Untersuchung <i>Pawlowskis</i>	280
d) Der Rechtsbesitz im Rahmen der Verdinglichung des obligatorischen Rechts bei <i>Dulckeit</i>	281
5. Zwischenergebnis	282
III. Die Dualität zwischen Recht und Tatsache bei Rechtsprodukten	284
1. Die rechtsimmanente Dualität von Herrschaftsrecht und -ausübung	284
2. Dualität als Folge der Divergenz von Individual- und Gemeinschaftswillen	287
3. Die Rechts-Ausübungs-Dualität als Topos des Rechtsbesitzbegriffs	288
4. Der unkörperliche Besitz als Abbild unkörperlicher Herrschaftsinteressen	289

5. Realität rechtlicher Gestaltungsmöglichkeit im Rechtsrealismus <i>Olivecronas</i>	290
6. Ergebnis	291
§ 13 Der Tatbestand des Besitzes an unkörperlichen Gegenständen	291
I. Grundsätzliche tatbestandliche Elemente des Besitzes an Rechtsprodukten	292
1. Unabhängigkeit des Besitzstandes von der materiellen Berechtigung	292
2. Tatsächlichkeit der Rechtsverwirklichung gegenüber dem Herrschaftsrecht	293
3. Die Endgültigkeit der Nutzungshandlungen des Besitzers	294
II. Das Einwirkungsmoment des unkörperlichen Besitzers	295
1. Erfordernis einer Einwirkungsmöglichkeit beim Rechtsbesitz	295
2. Die Herrschaftsmodalität beim unkörperlichen Besitzstand	295
a) Der Rechtsbesitzbegriff des BGB	296
b) Ausübung oder Gebrauch des Rechts	296
c) Dauerhaftigkeit der Leistungsbeziehung und tatsächliche Einrichtung auf gegenseitige Leistungserbringung	297
d) Möglichkeit des Gebrauchs des Rechts	298
3. Die tatbestandliche Manifestation des Einwirkungsmoments	299
a) Die Legitimationslehre <i>Krückmanns</i>	299
b) Das Erfordernis normativer Anknüpfung	300
4. Die Ausschlusswirkung des Besitzes	302
III. Die Verstetigung der Besitzstellung beim unkörperlichen Besitz	303
IV. Ergebnis	305
§ 14 Einordnung des Anteilsbesitzes an GmbH-Geschäftsanteilen	306
I. Die tatbestandliche Äquivalenz der Stellung des Listengesellschafters	306
1. Die Verstetigung der Listenposition durch das Eintragungsverfahren	306
a) Die Verstetigung im Vergleich zu Registerrechten	306
b) Die Verstetigung im Vergleich zu Mobilien	308
aa) Der Vergleich zum Wertpapierbesitz beim Effekten giro	308
bb) Der Vergleich zum schlichten Sachbesitz	308
c) Verstetigung als dauerhafte Ausübungsbeziehung	309
d) Ergebnis	309
2. Tatsächliche Beherrschung durch den Eingetragenen	310
3. Unabhängigkeit der Rechtsverwirklichung vom materiellen Recht	310
a) Das Nachweiserfordernis bei der Listenänderung	311
b) Die Abhängigkeit der Listenkorrektur von der Gesellschaft	311
4. Fehlen eines Herrschaftsrechtscharakters der Stellung des Eingetragenen	312
5. Exklusivität der Nutzung	313
6. Die Endgültigkeit der Rechtsfolgenzuweisung	313
a) Endgültigkeit gegenüber der Gesellschaft	313

- b) Die Endgültigkeit gegenüber Dritten 314
 - aa) Der Umfang der personalen Wirkung des § 16 Abs. 1 GmbHG 314
 - bb) Insbesondere: Das Pfandrecht am GmbH-Geschäftsanteil 314
 - (1) Die Antichrese 315
 - (2) Das Pfandrecht in der Zwangsvollstreckung 316
 - cc) Die Aktivlegitimation des Eingetragenen gegenüber Dritten 316
 - (1) Die Untersagung der Rechtsausübung durch Dritte 317
 - (2) Die Geltendmachung von Schäden als Gesellschafter 317
 - dd) Nutzungen bei nicht zurechenbarem Listeneintrag 318
- c) Ergebnis 319
- II. Die funktionale Äquivalenz der Stellung des Listengeschafters 319
 - 1. Die Publizitätsfunktion und die Verfügungen über den Anteil 319
 - a) Der rechtsgeschäftliche Erwerb vom Berechtigten 319
 - b) Der rechtsgeschäftliche Erwerb vom Nichtberechtigten 320
 - c) Die Vermutungswirkung der Listeneintragung 323
 - d) Ersitzungswirkung 324
 - 2. Der Besitzschutz 326
 - 3. Die Kontinuitätsfunktion 328
- III. Die Pflichtbindung des Eingetragenen 329
- IV. Ergebnis 330

Kapitel 5

**Die analoge Anwendung des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses
auf die fehlgeschlagene Abtretung des GmbH-Geschäftsanteils** 332

- § 15 Zusammenfassende Bewertung der Vergleichbarkeit der Interessenlage 332
 - I. Systematische Vergleichbarkeit der Falscheintragung mit der Vindikationslage 332
 - II. Teleologische Vergleichbarkeit der Falscheintragung mit der Vindikationslage 333
 - 1. Vergleichbarkeit im Hinblick auf die Privilegierungen der §§ 987–993 BGB 334
 - 2. Vergleichbarkeit im Hinblick auf die Ersatzansprüche der §§ 994 ff. BGB .. 335
 - 3. Geltendmachung des Korrekturanpruchs durch den Eingetragenen 337
- § 16 Folgen der Anwendbarkeit der §§ 987 ff. BGB für die Rückabwicklung 338
- § 17 Zusammenfassende Betrachtung 339
 - I. Zusammenfassung der Ergebnisse als Thesen 339
 - II. Abschluss und Ausblick 340

Literaturverzeichnis	343
Personenverzeichnis	377
Stichwortverzeichnis	379